

Redaktioneller Teil

Geschäftsbericht

des

Vorstandes des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig über das Vereinsjahr 1931.

Zu erstatten in der Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig
am Sonntag, dem 1. Mai 1932.

I. Wirtschaftsbericht.

1931 kann nicht als Krisenjahr wie seine Vorgänger bezeichnet werden; es war ein Katastrophenjahr von ungeahntem und kaum noch tragbarem Ausmaß. Die Vernebelung durch die Auslandskredite ist zerbrochen: die nackte, raue Wirklichkeit zeigt ihr wahres Antlitz.

Die deutsche Wirtschaft mußte erkennen, wie wenig sie selbst noch über ihr Schicksal, über Weg und Ziel zu entscheiden hat; diese Entscheidung liegt durchaus in den Händen inländischer und ausländischer politischer Instanzen. Die Politik gibt den Ausschlag; die Wirtschaft ist zu ihrem Instrument geworden. Es herrscht Krieg; ein anderer als der mit den Waffen; ein Krieg, der aber durchaus die gleichen Anforderungen an die Nerven stellt und in dem es um höchste Einsätze geht.

Kein Ereignis zeigt dies deutlicher als der schwarze 13. Juli 1931, an dem Frankreich Deutschland seinen Willen aufzwang. Es ist kein Trost, daß es vorher Österreich nicht viel besser erging, und daß selbst das mächtige England vor Erschütterungen nicht bewahrt blieb, welche die Preisgabe seiner Goldwährung zur Folge hatten. Diese außerdeutschen Ereignisse, ebenso wie die wirtschaftliche Verschlechterung im mächtigsten Staate der ehemaligen Alliierten, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, beweisen nur, wie die Krankheit der Wirtschaft weiter frißt und dieser Wirtschaftskrieg alle Nationen zu erfassen droht.

Auch die Notverordnungen der Reichsregierung, insbesondere die vierte vom 8. Dezember 1931, sind in der Hauptsache als politische Kampfmittel zu werten, nach innen sowohl wie nach außen. Diese vierte Notverordnung mit ihren weitgehenden, man darf sagen unerhörten Eingriffen in die Privatwirtschaft hat die Anerkennung des Baseler Sachverständigenausschusses gefunden. Deutschland, so war seine Stellungnahme, sei bis an die äußerste Grenze des Erfüllbaren gegangen, und billigerweise könne man von ihm weiteres nicht mehr verlangen.

Die in Aussicht gestellte Entlastung oder gar die Ankurbelung des darniederliegenden Wirtschaftslebens hat das Dezembergesetz nicht gebracht. Vielleicht hat es im Verein mit den sonstigen Maßnahmen der Regierung Deutschland vor dem — nach Ansicht vieler — Schlimmsten bewahrt, vor der Erschütterung seiner Währung. Zweifellos ist aber dieses Gut teuer erkauft: wir halten die Währung, aber die Wirtschaft ist am Erliegen. Sie verliert in der über alles Maß langen Periode der Deflation ihre letzten Reserven. Dazu werden, anstatt Erleichterungen zu schaffen, dauernd neue Lasten auf sie gehäuft. Aus ihren schrumpfenden Umsätzen muß sie einen übersehten Beamtenapparat und das Heer der Erwerbslosen erhalten; im Grunde ist sie es, auf welche die ganze Last der Tribute zurück-

fällt. Sie ist zweifellos am Ende ihrer Kraft. Das wird auch dort im Ausland anerkannt, wo man ohne Voreingenommenheit die deutschen Verhältnisse geprüft hat.

Man muß sich wundern, daß das deutsche Unternehmertum trotz aller Lasten nicht schon völlig zusammengebrochen ist, obwohl das Ausscheiden alter, führender, angesehener und bestgeleiteter Betriebe, die Bankensanierung und die Sanierung der Schifffahrt eine deutliche Sprache reden.

Wenn es freilich nach der Zahl der Notverordnungen und nach deren Länge ginge, müßte sich die Wirtschaft aufs wohlste befinden. Aber nur wenige der Versprechen, welche gewöhnlich vor ihrem Erlaß von Seiten der Regierung verbreitet wurden, haben sich erfüllt; nur geringe Hoffnungen sind verwirklicht worden. Wo sind die oft in Aussicht gestellten Erleichterungen auf dem hauptsächlichsten Gebiet der Unkostenseite, auf dem Gebiete der Steuern? Wo ist die Absatzbelebung, die allein die Rendite wieder in die Höhe bringen kann? Wo die Ankurbelung, welche gerade anlässlich der vierten Notverordnung versprochen wurde? Das Gegenteil ist eingetreten. Im Laufe des Jahres sind für die Wirtschaft neue Gefahrenmomente entstanden, die eine weitere Absatzminderung befürchten lassen: der Zollkrieg, die Autarkiebestrebungen der Länder mit dem Mittel der Devisengesetzgebung. Die Weltwirtschaft gerät immer mehr durcheinander; anstatt Auslöschung, Befreiung von nationalen Schranken und friedlicher Ordnung entsteht immer mehr Unordnung, Erschwerung und Absperrung. Die einzelnen Staaten kehren zu mittelalterlichen Methoden der Handelspolitik zurück. Die naturnotwendigen Folgen sind weitere Verkümmern des Absatzes, weitere Zusammenbrüche, zunehmende Arbeitslosigkeit und Verarmung.

Wir sehen davon ab, dieses trübe Bild mit Zahlen zu illustrieren; sie sind aus den vielen Entschließungen der Verbände und aus den Veröffentlichungen in der Tagespresse zur Genüge bekannt.

Die Lage in allen Zweigen des Buchhandels ist nicht anders als die der allgemeinen Wirtschaft; vielleicht ist sie sogar hier und dort noch schwieriger, weil sich der Absatzrückgang bei manchen Gegenständen des Buchhandels noch stärker ausprägt als bei anderen Waren. Der allgemeine Verarmungsprozeß ist für den Buchhandel in wirtschaftlicher Beziehung besonders gefährdend. Es wird gelesen; der Drang zur Bildung ist stark; man flüchtet aus der Not und den Sorgen des Tages nicht nur ins Kino und zum Rundfunk, sondern greift auch zum Buch. Man kauft es aber nicht mehr, namentlich wenn es sich um teurere Werke handelt, sondern sucht andere Wege, sich mit geistiger Kost zu versorgen. Der Hunger nach Musik ist